

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1918

221 (14.5.1918) Mittagausgabe

Badische Presse.

General-Anzeiger der Residenzstadt Karlsruhe und des Großherzogtums Baden.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe. Weitans größte Bezahlerzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Eigentum und Verlag von Ferd. Thiergarten. Chefredakteur: Albert Herzog. Verantwortlich für den Textteil: Anton Rudolph; für den Anzeigenteil: A. Rindspacher, Amtl. in Karlsruhe i. B. Berliner Vertretung: Berlin W 10

Anzeigen: Die Spalte, Kolonelle 30 Bfa. Die Reklamezeile 1 M., Reklamen an 1. Stelle 1,25 M., die Zeile, außerdem 20% Feuerungszuschlag. Bei Wiederholungen tariflicher Rabate, nur bei Nichtentziehung des Platzes, bei geschäftlichen Verbindungen nach bei Kontieren außer Kraft tritt. Postfach-Konto: Karlsruhe Nr. 8559.

Bezugs-Preise:

Woch. A ohne Post	1.12	1.32
Woch. B mit Post	1.25	1.45
In Karlsruhe: Ausgabe A B		
Im Bezugs abgeholt	1.12	1.32
in d. Poststellen	1.25	1.45
frei ins Haus ge- liefert	1.25	1.45
Postwärts: bei Ab- nahme a. Posthalter	1.12	1.33
Post d. Briefträger	1.36	1.57
Post-Kammer	10	10

Verlag und Druckerei, nächst Postamt und Marktplatz.

Nr. 221. Telefon: Geschäftshalle Nr. 86. Karlsruhe, Dienstag den 14. Mai 1918. Telefon: Redaktion Nr. 809. 34. Jahrgang.

Neue englische Heuschreck.

London, 13. Mai. (Nicht amtlich.) Reuter. Der frühere britische Botschafter in Washington schreibt im „Daily Telegraph“:

Das Memorandum des Fürsten Bismarck sei das wichtigste Dokument, das seit Ausbruch des Krieges erschienen sei. Es sei keine Verteidigung Englands, sondern eine kritische Beleuchtung der Politik, durch die Deutschland sich an Oesterreich-Ungarn gebunden habe, und es sei gegen den Wunsch des Bismarcks veröffentlicht worden. Bei Ausbruch des Krieges sei verhindert worden, den Anfechtungen zu erwidern, daß der Krieg Deutschland von England ausgegangen sei. Diese deutsche Erfindung sei fortwährend mit großer Kühnheit wiederholt worden, daß es in der Tat auf die Neutralen einigen Eindruck gemacht und vor allem auf das deutsche Volk einen dauernden Eindruck ausgeübt habe. Der plötzliche Ausbruch von Hof in einer so intelligenten Nation habe die Engländer überlistet und in Erstaunen versetzt. Das englische Volk habe in Wahrheit das deutsche Volk niemals gehaßt.

König Edward habe nichts Böses im Schilde geführt, als er seine Politik für die Franzosen gezeigt habe, und auch seine Minister hätten nichts Böses beabsichtigt, als sie Schritte unternommen hätten, um die Differenzen aus der Welt zu schaffen, die das Verhältnis zwischen England und Frankreich getrübt hätten, und als sie zu einer freundschaftlichen Verständigung mit Rußland gelangt seien. Dies alles sei im Interesse des europäischen Friedens geschehen. Kein Teil des englischen Volkes habe eine Ahnung von den Gefahren gehabt, dem der Friede ausgeht. Deshalb habe England auch keine Kriegsvorbereitungen getroffen und kaum daran gedacht, was es zu Lande unternehmen müßte, wenn es in einen Krieg verwickelt werden würde. (England war eben des angenehmen Glaubens, daß es so weit wie möglich vom Schicksal bleiben und doch sein Schicksal scheinbar könne. D. Red.) Das Memorandum sei ein Zeugnis für den friedlichen Geist des englischen Volkes, die britische Regierung und Sir Edward Grey im besonderen. Wenn man in England die Genehmigung der deutschen Regierung gekannt hätte, würden die britischen Minister sicher gegögert haben, soweit zu gehen. Niemals in seiner Geschichte habe England ein so akkumuliertes Gewissen gehabt, wie in diesem Kriege, und selbst als der Krieg schon ausgebrochen gewesen sei, habe England nichts mehr zu tun gewünscht, als Deutschland davon abzuhalten, Belgien zu zerstören und Frankreich tief zu verwunden.

(Die Ausführungen der von Hadamard inspirierten Replik über die englischen Kriegsvorbereitungen in „The vindication of Great Britain“ („Die Verurteilung Großbritanniens“) der Inhalt des englischen Buches „The Truth and the War“ („Die Wahrheit und der Krieg“) und hinsichtlich Bernhard Shaw über den Sprung des britischen Volkes in seinen Lord Strauch in gleicher Weise unbekannt gewesen zu sein. Der von England so eifrig angeforderte Frieden war eben die Pace Britannica gegen Deutschland und mit Ausschluß Deutschlands.)

Der „zweite Brief“ Kaiser Karls.

Was die Entente alles erfindet.

Amsterdam, 13. Mai. Der Pariser Korrespondent des „Manchester Guardian“ meldet:

Der zweite Brief des Kaisers Karl ist anscheinend wichtiger als der erste. Der Kaiser erklärt in dem zweiten Briefe, er sei überzeugt, daß er Deutschland bewegen könne, Frieden zu schließen unter der Bedingung, daß die Alliierten ihre territorialen Forderungen auf Ostgalizien beschränken. Die besetzten Gebiete sollen selbstverständlich geräumt und die Unabhängigkeit und Souveränität Belgiens wieder hergestellt werden. Der Kaiser sagte, er habe sich bereits der Zustimmung Bulgariens verschert. Der Kaiser ersuchte, den privaten Charakter des Briefes durchaus zu achten. Die französische Regierung habe übrigens auf Ehrenwort erklärt, ihn nicht veröffentlichen zu wollen.

Poincaré schlug während der Verhandlungen vor, daß die Monarchie im Laufe gegen Schließung Triest und Trentino an Italien abtreten sollte, aber Kaiser Karl antwortete, daß ein sehr wichtiges Bedenken dagegen bestehe, daß nämlich die Monarchie das Trentino besetzt halte, daß aber Frankreich Estrien nicht besetzt halte. Ribot antwortete auf die ihm durch den Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten vorgelegten Fragen, daß er zu wählen habe zwischen der Ablehnung des Vorschlags der Monarchie und dem Bruch mit Italien. Ribot habe geantwortet, daß Lord George erst nach langem Zögern der von Sonnino gewünschten ablehnenden Antwort bestimmte. Lord George habe angeblich mehrmals die Wichtigkeit der österreichischen Vorschläge hervorgehoben und den Wunsch bekräftigt, eine so schöne Gelegenheit, um Frieden zu schließen, nicht vorbeigehen lassen. Poincaré machte jedoch prinzipielle Einwendungen gegen alle Friedensverhandlungen und behauptete, daß der Krieg nur mittels völligen militärischen Sieges der Entente beendet werden könnte.

Der Korrespondent des „Manchester Guardian“ teilt weiterhin mit, daß im vorigen Sommer abermals Vorschläge gemacht worden seien, und zwar von Briand. Der Korrespondent wiederholte die Mitteilung, der zufolge Ribot alle Alliierten über die Briefe des Kaisers Karl zu Rate gezogen habe, die russische und die amerikanische Regierung seien aber erst informiert worden, nachdem die Vorschläge abgelehnt waren.

Notiz: Wie das Wiener f. f. Tel.-Corr.-Büro von zuständiger Stelle erfährt, existiert der im vorstehenden Artikel wiedergegebene angebliche Brief des Kaisers Karl nicht und muß als ein neues Machwerk der Entente bezeichnet werden.

Die deutsche Offensive.

Deutscher Seeresbericht.

Berlin, 13. Mai, abends. (Amtlich.) Von den Kriegshauptquartieren nichts Neues.

Die Tätigkeit der Franzosen läßt nach.

Paris, 13. Mai. (Nicht amtlich.) Im Nord-Ost-Abschnitt ließ die rege Artillerie- und Patrouillentätigkeit der Franzosen am 13. Mai nach. Mehr als Regen und schlechte Sicht hinderte sie das deutsche Artilleriegeschütz, das mit großer Stärke auf den französischen Lagern, Ansammlungen, Wegen und Versammlungsorten Patrouillen, die die Franzosen in Gegend Montdidier und Dife-

Abschnitt vortrieben, wurden leicht abgewiesen. Ein deutsches Stützpunktunternehmen hat in Gegend Suzon, trotz starker Gegenwehr der Franzosen, vollen Erfolg. Unter geringen eigenen Verlusten wurden zahlreiche Gefangene und ein Maschinengewehr aus den französischen Stellungen geholt.

Ein französisches Unternehmen im Oberelsaß vereitelt.

Berlin, 13. Mai. (Nicht amtlich.) Am Abend des 10. Mai griffen französische Stützpunkteinheiten in Kompaniestärke unsere Stellungen im oberen Münsertale (Vogesen) an. Sie blieben in dem gut liegenden Feuer der Artillerie und Maschinengewehre noch vor unseren ersten Linien liegen. Unter schweren Verlusten mußten sie in die eigenen Gräben zurückkehren. Unsere eigenen Verluste bestehen aus einem leichtverwundeten. Trotz des französischen Granataufwandes von etwa 5000 Schuß, darunter große Granaten, trotz Ablenkungsfeuer auf einen benachbarten Truppenteil, ist das Unternehmen vollkommen gescheitert.

Aus dem neuen Rußland.

Zur russischen Finanzlage.

Bern, 13. Mai. (Privattelegr.) Das „Ukrain. Telegr.-Büro“ meldet: Das Verhältnis zwischen den Goldreserven der russischen Staatsbank und dem Papiergeld war am 1. Januar 1914 wie folgt: 288 Millionen in Gold gegen 1665 Millionen in Papier; am 1. Januar 1918 1300 Millionen in Gold gegen 30 Milliarden in Papier. Es sind gegenwärtig im Lande falsche Banknoten im Umlauf. (g. R.)

Eine neue Reuterlüge.

Berlin, 13. Mai. (Nicht amtlich.) Das Reuterische Büro meldet, angeblich aus Moskau: „Der deutsche Gesandte, Graf Wirba, hat dem Volkskommissariat ein Ultimatum der deutschen Regierung mit einer Reihe von Forderungen überreicht, deren Annahme Rußland zu einem deutschen Schutzgebiete machen würde.“

Wir sind zu der Feststellung ermächtigt, daß diese Nachricht jeder Begründung entbehrt. Die mit dem Volkskommissariat geführten Verhandlungen sind durchaus auf dem Boden des Brester Friedensvertrages und betreffen lediglich die technische Durchführung der dort angeführten Vereinbarungen. Sie werden in absolut verständlichem Tone geführt und sind ihrer ganzen Natur nach nicht dazu angetan, auch nur den Anschein eines Ultimatus zu erwecken. Reuter beabsichtigt offenbar durch derartige Lügen den schlechtesten Einfluß zu verüben, den die Drohung der Entente bezüglich Sibiriens bei der russischen Regierung hervorriefen und diese sogar zu der Forderung der Abberufung des französischen Gesandten und einiger Ententekonjunktur veranlaßten.

Rußland und Finnland.

Stockholm, 13. Mai. (Nicht amtlich.) Nach der in Helsingfors von der dortigen diplomatischen Vertretung Rußlands herausgegebenen Zeitung „Wostokje Wästnik“ hat der russische Minister der Äußeren, Fischkowskij, am 30. April dem Gesandten Joffe in Berlin den Auftrag erteilt, der Regierung Deutschlands und dem Haupt der Sozialdemokratie die Erneuerung des Obersten Keuanke zum russischen Vertreter in Finnland mitzuteilen und außerdem gegen die Beschlagnahme von russischen Notenscheinen durch die finnische Regierung zu protestieren.

Nach dem gleichen Blatt gab der russische Marinekommissar folgende offizielle Erklärung ab: „In Bezug auf unsere politischen Beziehungen ist nunmehr volle Klarheit gewonnen. Deutschland vertritt in Finnland bloß den Punkt des Friedensvertrages, der der Selbständigkeit Finnlands gilt. Im übrigen hat es nach Erklärungen von deutscher Seite keine Aufgaben für eigene Rechnung. Die strategische Bedeutung Sveaborgs ist nunmehr gleich Null.“

Die Beute in Finnland.

Stockholm, 14. Mai. Dem „Berl. Lokalanz.“ wird von hier mitgeteilt: Nach einer Drahtung aus Helsingfors ist die gesamte finnische Beute unerwartet groß. Ihr Wert beläuft sich auf sechs Millionen Mark. In Helsingfors und Wiborg steht eine Hungersnot bevor.

Ukrainisch-russische Friedensverhandlungen.

Kiew, 13. Mai. (Nicht amtlich.) Die ukrainische Regierung ist mit der russischen Regierung dahin übereingekommen, daß die Friedensverhandlungen zwischen den beiden Regierungen nicht in Kursk, sondern in Kiew stattfinden sollen. Die beiderseitigen Delegationen werden schon in der allernächsten Zeit in Kiew zusammentreffen.

Ereignisse zur See.

Englische „Menschlichkeit“.

Berlin, 13. Mai. (Nicht amtlich.) Zu dem am 21. März gemeldeten Verlust zweier Vorpostenboote westlich von Oskende berichtet ein soeben aus Frankreich zurückgekehrter Austauschgefangener, daß die Boote torpediert worden waren. Die Engländer haben ruhig zugehört, wie die Mannschaften der verjetteten Vorpostenboote zum größten Teil allmählich ertranken. Nur ein kleiner französischer Kreuzer hat im ganzen acht Mann aufgenommen. Das Gebahren der Engländer verdient umso mehr unsere Verabscheuung, als mit den Fahrzeugen ganz wenige Mann untergegangen sind, die Befahungen vielmehr Kopf an Kopf im Wasser geschwommen sind und die äußeren Umstände eine Rettungsmöglichkeit gestatteten.

Der Krieg mit Italien.

Oesterreichisch-ungarischer Bericht.

Wien, 13. Mai. (Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart: An der italienischen Gebirgsfront ist die Kampftätigkeit andauernd reg.

Der Chef des Generalstabes.

Mißglückter englischer Luftangriff auf Cattaro.

Wien, 13. Mai. (Nicht amtlich.) Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Am 11. Mai nachmittags haben sechs englische Flugzeuge den Kriegshafen im Golfe von Cattaro mit Bomben angegriffen, ohne Verluste oder Sachschaden zu verursachen. Eines der Flugzeuge stürzte ab, seine Insassen wurden unverletzt gefangen genommen.

Die dritte Lesung der preuß. Wahlrechtsvorlage.

Stimmungsbericht.

Berlin, 14. Mai. (Privattelegr.) Die Aussichten für die Wahlrechtsreform in Preußen haben sich seit der ersten und zweiten Lesung kaum geändert. Nach wie vor spricht die Wahrscheinlichkeit für eine nochmalige Ablehnung.

Die Tribünen des preußischen Abgeordnetenhauses sind zur dritten Lesung gesteckt voll. Im Saale ist kaum ein Plätzchen leer. Vizepräsident Dr. Forst eröffnet um 2 1/4 Uhr die Sitzung und wird gleich nach Verlesung der geschäftlichen Angelegenheiten von Dr. Lohmann (natlib.) abgelöst, um als erster Redner die Aussprache zu eröffnen. Forsts Hauptaugenmerk gilt den „Sicherungen“, insbesondere, soweit sie den konfessionellen Charakter der Schule erhalten sollen. Der Redner spricht nun eindringlich mit warm erhobener Stimme auf die Rechte ein, die Sprache der Zeit zu verstehen und im Rahmen der vorgeschlagenen Sicherungen das allgemeine, gleiche Wahlrecht zu bewilligen.

Der Zentrumsvertreter faßt sich sehr kurz, aber er hat lange genug gesprochen im Vergleich zu dem konservativen Führer Herrn von Heidebrand, der nur ein paar Sätze auf die dritte Lesung verschwendet, deren Sinn ist, daß seine Fraktion seit der ersten Lesung auf derselben Stelle steht und nicht gewillt ist, der Regierung auch nur einen Schritt entgegenzukommen, solange diese auf dem Boden des allgemeinen, gleichen Wahlrechts bleibt.

Neues wissen auch die folgenden Redner kaum zu sagen. Der Vertreter der nationalliberalen Mehrheit, der Abg. Radeswig, sucht wie Dr. Forst der Rechten ins Gewissen zu reden. Der Vertreter der Freikonservervativen, Dr. Lüdicke, spricht sich mit lauter Stimme gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht aus. Auch der Fortschrittler Bachmeier beschränkt sich auf einige Darlegungen. In kurzen mahnenden Sätzen führt er dem Hause die schwere Verantwortung zum Bewußtsein zu bringen, die es bei einer Ablehnung der Vorlage übernehmen.

Der Abg. Lohmann von der nationalliberalen Opposition ergeht sich etwas ausführlicher in neuen wahlrechtlichen Betrachtungen. Man horcht auf, als er erklärt, daß die Seinigen geschlossen für seinen Antrag sind, daß sie aber gegen die Beschlüsse der 1. und 2. Lesung stimmen werden, um sich nicht gegen das allgemeine, gleiche Wahlrecht festzulegen.

Staatsminister Dr. Friedberg nimmt zwar im allgemeinen den gleichen Standpunkt ein, wie in der 1. und 2. Lesung. Aber er betont mit auffallendem Nachdruck, daß der neue Antrag Dr. Lohmann den Willen zum Entgegenkommen erkennen und sich über die Alterszusatzstimme reden lasse. Der weitergehende Vorschlag Lohmann, eine weitere Zusatzstimme jedem zu gewähren, der sich mindestens 10 Jahre in einer Gemeinde aufgehalten habe, finde dagegen keinerlei Zustimmung auf Seiten der Regierung, weil dadurch die Arbeiterbevölkerung zu sehr benachteiligt werde. Mahnend und warnend richtete der Minister seine letzten Worte an die Rechte: Man solle nicht glauben, daß, wenn die Vorlage abgelehnt werde, sie damit etwa erledigt sei; das sei erst die Exposition; das Drama komme hinterher.

Bei allgemeiner Unaufmerksamkeit nimmt nun der Sozialdemokrat Braun das Wort, um die rote Flut vorauszusagen, die der Ablehnung der Vorlage folgen werde. Darauf macht noch der Pole Korfanty seinem Vorgesetzten über die für die Ostmarken geplanten Sicherungen Luft.

Bei der Einzelberatung werden alsdann die Sicherungsanträge des Zentrums zum Verfassungsgesetz in Bezug auf Kirche und Schule abgelehnt. Der Gesetzentwurf über die Zusammenlegung des Herrenhauses wird dagegen angenommen und das Haus zu weiteren Beschlüssen auf Dienstag vertagt.

Sitzungsbericht.

Berlin, 13. Mai. Das preußische Abgeordnetenhhaus begann heute die dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Eingegangen ist der abgeänderte Antrag Lohmann (Natlib.), nach dem bestimmte Wählerkreise zwei Zusatzstimmen erhalten sollen. Ferner lagen nationalliberale und fortschrittliche Anträge auf Einführung des gleichen Wahlrechts entsprechend der Regierungsvorlage vor. Das Zentrum hat die Sicherungsanträge (Anträge Forst) wieder eingebracht.

Abg. Forst (Zentr.): Wir werden erst klar über die Vorlage sprechen können, wenn darüber im Herrenhaus Beschluß gefaßt ist. Wir sind bereit, auf dem Boden des gleichen Wahlrechts zu einer

Verständigung zu gelangen, fordern aber Sicherungen gegen die Wirkung des gleichen Wahlrechtes. Wenn dieses jetzt abgelehnt wird, so kommt es später ohne die Sicherungen.

Abg. Hendebrand (Kon.): Wir halten an unserer Abstimmung in der zweiten Lesung fest. Wir sind bereit, auf der Grundlage des Mehrstimmrechtes zur Verständigung zu gelangen, können aber dem Antrag Lohmann nicht zustimmen.

Abg. Dr. Ludewig (Nat.): Wir werden für die Sicherungsanträge stimmen, können aber dem Antrage Lohmann keine Folge geben.

Abg. Lüdicke (Freis.): Unsere Stellung ist gegenüber der zweiten Lesung unverändert geblieben. Nicht die Sicherungen sind entscheidend, sondern das Wahlrecht selbst, deshalb behalten wir uns unsere Stellungnahme zu den Sicherungsanträgen vor, bis eine Einigung über den § 3 erfolgt ist. Der Antrag Lohmann kann eine Brücke zur Verständigung bilden.

Abg. Dr. Pahnke (F. Vp.): Auch in unserer Haltung hat sich seit der zweiten Lesung nichts geändert. Wir lehnen die Sicherungsanträge ab und treten ein für das von der Krone verprophete gleiche Wahlrecht. Wir scheuen auch den Wahlkampf nicht.

Abg. Dr. Lohmann (Nat.): Die königliche Botschaft verspricht keineswegs glattes das gleiche Wahlrecht, sondern stellt eine Vorlage auf der Grundlage des gleichen Wahlrechtes in Aussicht. Wir werden geschlossen für meinen Kompromißantrag stimmen und die Kommissionsbeschlüsse zweiter Lesung zu § 3 ablehnen. (Bewegung.)

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Die Regierung hat schon bei der ersten Lesung zum Ausdruck gebracht, daß sie zum Entgegenkommen auf der Grundlage des gleichen Wahlrechtes und in dessen Namen sehr wohl geneigt sei, and daher den Sicherungsanträgen zustimmt. Die übrigen Vermittlungsanträge müssen geprüft werden. Mit der Ablehnung der Regierungsvorlage ist die Sache nicht zu Ende. Das eigentliche Drama kommt erst noch. (Beifall links.)

Abg. Braun (Soz.): Wir fordern das gleiche Wahlrecht und lehnen die Sicherungsanträge ab.

Abg. Mehling (U. Soz.): Wir fordern das gleiche Wahlrecht für beide Geschlechter vom 20. Lebensjahre ab.

Abg. Koranyi (Volk): Wir stehen auf dem Boden des gleichen Wahlrechtes und lehnen das Pluralwahlrecht ab. Die Anträge des Zentrums, die die Rechte der Kirche sichern sollen, sind für uns annehmbar.

Die allgemeine Besprechung schließt. Es folgt die Einzelberatung des Verfassungsgesetzes. Die einzelnen Anträge des Zentrums werden abgelehnt.

Nach Annahme des Artikels 1, wonach der König, der den Landtag einberuft und schließt, das Abgeordnetenhaus auflösen kann, wird die Weiterberatung des Verfassungsgesetzes jurisdiktisch und der Gesetzentwurf betreffend die Zusammenlegung des Herrenhauses ohne Erörterung angenommen. Weiterberatung: Dienstag 11 Uhr vormittags. Schluß 5 1/2 Uhr.

Ein Kompromiß des Zentrums und der nationalliberalen Mehrheit?

= Berlin, 13. Mai. Die beiden von einander getrennt operierenden Flügel der Nationalliberalen haben heute vormittag, auch jeder für sich, mit dem Zentrum des Abgeordnetenhauses Fühlung genommen, um dieses zum Anschluß an ihre Haltung zu gewinnen. Es verläutet, daß das Zentrum geneigt ist, unter gewissen Bedingungen sich der Mehrheit der nationalliberalen Partei zu gemeinsamem Vorgehen anzuschließen. Es würde dann die Mehrheit der nationalliberalen Fraktion für die Sicherungen des Zentrums und das Zentrum für die gestellten Proporzanträge stimmen. Die Beratungen der Fraktionen dauern noch fort. (B. 3.)

Die Stellungnahme der Berliner Presse.

= Berlin, 14. Mai. Unter der Überschrift „Scherben“ schreibt die linksliberale „Berliner Morgenzeitung“: „Das Abgeordnetenhaus hat gestern den Beweis dafür erbracht, wie wenig die bisherige Zusammenfassung dieses Parlamentes geeignet ist, ein Reformwerk wie die Wahlrechtsvorlage zustande zu bringen.“

Im freisinnigen „Berliner Tageblatt“ liest man: „Die Entscheidung über den § 3 der Wahlrechtsvorlage, die für heute aussieht, wird eine nennenswerte sein, und man darf mit einiger Spannung ihr entgegensehen; weil unterdessen auch die nationalliberalen Anhänger des Abgeordneten Lohmann abgeschwächt sind. Es ist sehr wahrscheinlich, daß heute sämtliche Anträge über das künftige Wahlrecht abgelehnt werden, ebenso die Regierungsvorlage wie die Pluralforderung des Ausschusses und der Antrag Lohmann mit seinem Dreistimmwahlrecht.“

Die fortschrittliche „Vossische Zeitung“ sagt: „Wenn § 3 fällt, so könnte die Schlussabstimmung über das ganze Gesetz ebenfalls negativ ausfallen. Eine Beilang rechnete man gestern mit dieser Möglichkeit des Scheiterns, aber mit Bestimmtheit, daß die Konservativen und Freiservativen sich bemühen werden, eine Mehrheit aufzubringen, um zu verhindern, daß der gorbißche Knoten auf einmal gelöst wird.“

In der „Germania“, dem führenden Zentrumsblatt, wird ausgeführt: „Es ist möglich, daß nicht nur der § 3, sondern auch die Kommissionsbeschlüsse mit ihrem Pluralwahlrecht und etwaige ähnliche Vorschläge unter den Tisch fallen. Das entstehende Vakuum bedeutet keine Lösung des Wahlrechtsproblems. Aber wenn man dieses Vakuum als ein Moment in der Entwicklungsreihe betrachtet, die die ganze Wahlrechtsfrage bei uns durchmacht und durchmachen muß, müßte man es als einen beachtenswerten Fortschritt gegenüber dem bisherigen positiven Willenswille der Abgeordnetenhausmehrheit betrachten. Es bestände die Möglichkeit für eine Ausfüllung der entstandenen Lücke auf dem Wege der Verständigung — sei es mit dem Abgeordnetenhaus, sei es mit dem Herrenhaus — Sorge zu tragen.“

Deutscher Reichstag.

WTB. Berlin, 13. Mai. Am Bundesratstag: Kommissare. Vizepräsident Dove eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Min. Die Beratung des Haushalts der Marine wird fortgesetzt. Zunächst wird über die Streichung von fünf Indentanturstellen abgestimmt. Es bleibt bei der Streichung. Der übrige Teil des Marineetat wird ohne Aussprache angenommen.

Es folgt der Haushalt des Reichshofamtes. Abg. Zimmermann (Nat.): Die ausgezeichneten Erfolge der Kriegsanstalten sind der vortrefflichen Organisation des Reichshofamtes zu danken. England und Deutschland ebensowenig finanziell wie militärisch unterbemerkt. Für alle die Opfer, die gebracht worden sind, und noch gebracht werden müssen, müssen wir volle Entschädigung von den Feinden fordern.

Abg. Prinz Schönau-Carolath (Nat.) empfiehlt eine Aufbesserung der Feldzugsteilnehmer von 1870/71. Ihr Ehrensold von 150 M. reicht bei den letzten Zeiten nicht aus.

Abg. Ebert (Soz.): Wir schließen uns den Forderungen des Vorredners an.

Abg. Müller-Meinigen (F. Vp.): Dieser Dank muß den alten Veteranen, die uns das Reich gegründet haben, durch den Staat ausgedrückt werden.

Die Entschädigung auf Aufbesserung der Veteranen wird angenommen.

Der Haushalt des Reichshofamtes wird angenommen. Der Haushalt des allgemeinen Pensionsfonds wird auf Antrag des Grafen Westarp (Kon.) von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt der Haushalt des Reichsjustizamtes.

Abg. Selzer (Ztr.): Dem neuen Staatssekretär kommen wir mit Vertrauen entgegen. Angesichts der Selbsterwertung müssen auch die Geldstrafen wesentlich erhöht werden. In gewissen Fällen sollte auf Konfiskation erkannt werden. Die Autorität der Gerichte muß

gehoben werden am besten durch Hinzuziehung von Laienrichtern auch in Zivilsachen. Wann kommt die Reform des Kriegswahnsinnsrechts? Die Kriminalität nimmt gewaltig zu. Wenn ein Arbeiter wegen Diebstahls von Freibrufen wegen Landesverrats zu Zuchthaus verurteilt, viel schwerer Fälle aber strafflos bleiben, so leidet das Recht empfindlich darunter.

Abg. Müller-Meinigen (F. Vp.): In eine große Rechtsreform ist nicht zu denken. Es können immer nur Notgesetze werden. Die Assessoren und Referendare im Felde müssen rücksichtslos behandelt und für den Zeitverlust entschädigt werden. Die Zunahme der Kriminalität der Jugendlichen ist das traurigste Kapitel des Krieges. An die Stelle des Strafrichters sollte vielfach der Vormundschaftsrichter treten. Welcher Staatsbürger, auch wenn er Minister oder Staatssekretär ist, übertritt nicht täglich diese Mengen von Verordnungen? Der Neufüller Fall hat das allergrößte Aufsehen erregt. Auf diese Weise wird das Rechtsgesetz gänzlich untergraben. Wir müssen der Vernunft wieder das Wort geben, dann schätzen wir unsere Jugend vor Verrohung.

Abg. Straß (Hospitalier der Nat.): Die Zunahme der Kriminalität der Jugendlichen muß nicht zur stärkeren Bestrafung führen, sondern zu erhöhten erzieherischen Maßnahmen. Unter 14 Jahren sollte überhaupt niemand auf die Anklagebank kommen.

Staatssekretär Dr. v. Krause: Der geschiedene Staatssekretär v. Bisco war ein Vorbild an Pflichttreue, und mit seinem reichen Wissen und Können hat er seinem Amte gedient, so daß wir ihm alle zu großem Danke verpflichtet sind. (Bravo!) Das Reichsjustizamt hat ein reiches Arbeitsfeld auf allen Gebieten. Auch bei den Friedensverträgen hat es mitzuarbeiten. Das Gesetz wegen der Anwaltsgebühren kann kein definitives sein. Eine große Rechtsreform ist jetzt nicht möglich. Die Vorarbeiten aber sind im Gange. Die Gesetzgebung für Jugendliche ist eines der wichtigsten Kapitel. Beim Strafrecht sind die Vorarbeiten so weit gediehen, daß der Entwurf demnächst der öffentlichen Kritik übergeben werden kann. Die Verordnung gegen den Wucher von 1915 hat sich im allgemeinen bewährt. In Verbindung mit den Bestrebungen, daß bei Verträgen gegen die guten Sitten Schadenersatz eintritt, genügt für diese Verordnung durchaus. Wenn auch zugegeben werden muß, daß das Rechtsbewußtsein gelitten hat, so kann doch nicht von einer Rechtlosigkeit gesprochen werden.

Weiterberatung Dienstag 2 Uhr. — Schluß 1/2 6 Uhr.

= Berlin, 14. Mai. Wie das „Berl. Tagebl.“ erfährt, gedenkt der Reichstag schon am heutigen Dienstag abend sich zu verlagern und in die Pfingstferien zu gehen. Heute nachmittag soll nur noch eine ganz kurze Sitzung stattfinden.

Die Wahl im Zwickauer Wahlkreis.

WTB. Zwickau, 13. Mai. (Nicht amtlich.) Bei der heutigen Reichstagswahl im Zwickauer Wahlkreis wurden nach den bisher vorliegenden Ergebnissen abgegeben: Für Klug (Mittelpartei) 6096 Stimmen, für Meier (Soz.) 12433 Stimmen, für Seckert (U. Soz.) 5036 Stimmen, für Braun (Mittelpartei) 102 Stimmen. Die Wahl Meiers dürfte ohne Stichwahl gesichert sein, da nur noch einige kleinere Orte fehlen. Der Wahlkreis war bisher bekanntlich in den Händen der unabhängigen Sozialdemokraten.

Aus dem Hauptausschuß des Reichstags.

WTB. Berlin, 13. Mai. Der Hauptausschuß des Reichstags setzte heute die Beratung der Steuerentwürfe bei den Einkommensteuern fort. Außer dem Vizekanzler von Bayern und dem Staatssekretär für das Reichshofamt, Grafen Koeborn, wohnten die Finanzminister der Bundesstaaten der Sitzung bei.

Berichterstatter Abg. Müller-Fulda (Str.) leitete die Erörterung ein mit dem Hinweis auf das Defizit von 2875 Millionen Mark. Dessen Dedung soll durch Belastung des Reiches erfolgen. Die 1200 Millionen Mark, die auch nach Umahme der zwölf Steuerentwürfe zur Dedung des Defizites aufzubringen sind, sollen durch die Besteuerung aufgebracht werden. Es muß also ein Weg zur Dedung des Defizites gesucht werden, durch eine richtige Kriegsgewinnsteuer. Es müssen die höheren Einkommen während des Krieges entsprechend erhöht werden. Von 1913 bis 1916 sind die über 100 000 liegenden Einkommen um 86 Prozent gestiegen. Hier kann entsprechend zugegriffen werden. Es ist ein dahingehender Antrag in Vorbereitung, der im Laufe der Sitzung noch eingebracht werden wird.

Staatssekretär Graf von Koeborn führte aus: Die neuen Steuern in diesem Jahre noch nicht viel bringen. Glücklicherweise finden die Umsätze an indirekten Steuern Dedung in den Ergebnissen der Kriegsteuern, deren 5,7 Milliarden Mark hoffentlich den Uebergang in das Finanzjahr 1919 ohne rechnungsmäßiges Defizit ermöglichen.

Finanzminister Bergt betonte sein Einverständnis mit des Staatssekretärs Erklärungen im Plenum über das Verhältnis der Bundesstaaten zum Reich. Der Bundesstaaten dürften die Einnahmestellen zur Erfüllung ihrer kulturellen Aufgabe nicht verstoßen und die finanzielle Ordnung nicht gefährden. Sie können verlangen, daß nach wie vor die laufenden direkten Steuern, die Einkommens- und Vermögenssteuern als ausnahmsweise und ausnahmsweise Steuern ihnen belassen werden. Im Hinblick auf die großen Bedürfnisse Preußens sind wir dennoch gezwungen, im Herbst d. J. mit einer Steuernovelle an den Landtag heranzutreten, um einen Leistungsausgleich und eine Verbilligung des Anlagevermögens herbeizuführen. Wenn nun das Reich seinerseits eine direkte, das Einkommen treffende Steuer machen wollte, so würde dadurch die Reform in Preußen gewissermaßen durchkreuzt.

Ein Antrag Eberts (Str.) und Gen. an dem Gesetzentwurf über die Kriegsteuer verlangt zugunsten des Reiches für das Rechnungsjahr 1918 eine Kriegsabgabe vom Jahreseinkommen natürlicher Personen von mindestens 20 000 Mark beginnend mit 3 v. H. für die ersten 30 000 Mark Einkommen, durchgestaffelt bis 20 v. H. als höchste Staffel. Ferner eine erhöhte Kriegsabgabe von der während des Krieges erzielten Einkommensvermehrung, durchgestaffelt von 5 v. H. für die ersten 30 000 Mark Einkommen bis 50 v. H. als höchste Staffel, und endlich eine Ergänzungsabgabe vom Vermögen über 20 000 Mark in durchgestaffelten Steuerstufen, beginnend mit 1 v. H. auf den ersten 100 000 Mark und schließend mit 3 v. H. auf den Rest bis zu 1 000 000 Mark. Diese Abgaben sollen nach Annahme der Steuerentwürfe den noch verbleibenden Nettobetrag von 1200 Millionen Mark bedecken.

Aus der Schweiz.

Die Rheinschiffahrtsakte.

= Bern, 13. Mai. Die „Neue Zürch. Ztg.“ hält gegenüber der Erklärung des Staatssekretärs v. Stein im Deutschen Reichstag an dem Standpunkte der Schweiz fest, daß die Rheinschiffahrtsakte, an der die deutschen Rheinstaten, sowie die Niederlande beteiligt sind, und an die sich anzuschließen die Schweiz als Uferstaat des schiffbaren Rheines ungewisselhaft ein Recht habe, in nachrücklicher Weise den vom Wiener Kongreß aufgestellten und seither allgemein anerkannten Grundjah der Freihaltung der schiffbaren internationalen Ströme bestätigt. Die Rheinschiffahrtsakte seien also eine Vollzugsverordnung zu allgemein gültigen Anschauungen und die Ordnung der Rheinschiffahrt müsse eine großzügige liberale sein, die allen Staaten zugute komme, dazu gehöre aber auch die Niederwasserregulierung des Oberrheins bis Basel. (Zrf. Ztg.)

England und der Krieg.

Zu Lloyd Georges „Sieg“ im Unterhaus.

= Bern, 13. Mai. Die „Kön. Ztg.“ meldet von hier: Der Sieg, den Lloyd George im Unterhaus mit seiner Rede über den Brief des Generals Maurice gewonnen hat, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es nur die Macht der Umstände

ist, die ihn am Ruder hält, nicht aber ein Vertrauen des Parlaments in seine Person und seine Leistungen.

Aus Schweden.

Schweden und die Entente.

WTB. Kopenhagen, 13. Mai. (Nicht amtlich.) „Extraabende“ meldet aus Stockholm zur Frage des schwedischen Telegraphenbüros: In der Sitzung des Publizistenklubs (schwedische Journalistenorganisation) wurde ein Beschlus angetragen, in dem erklärt wird, daß es weder vom journalistischen, noch vom ökonomischen Gesichtspunkte aus wünschenswert ist, zwei verschiedene Telegraphenbüros in Schweden zu haben, und daß die beste Lösung ein selbständiges, schwedisches Telegraphenbüro ist. (Das ist die Antwort, auf die Veruche der Entente, selbst ein Büro in Schweden zu errichten. D. Red.)

Ein schwedischer Telegrammpion.

WTB. Stockholm, 12. Mai. (Nicht amtlich.) Nach Blätternmeldungen ist in Christiania in diesen Tagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit ein höchst sensationeller Prozeß zu Ende gegangen. Es handelte sich dabei um den berühmten schwedischen Telegrammpion Gilding, der am Freitag zu der milden Strafe von 30 Tagen Gefängnis verurteilt worden ist, weil er verächtlich hatte, normedische Telegrammboten dazu zu bewegen, ihm Abschriften von Chiffretelegrammen an fremde Gesellschaften zu verkaufen. Derselbe Prozeß war kürzlich aus Kopenhagen ausgewiesen worden, weil er dort daselbst verurteilt hatte. Besonders interessant ist, daß er die Tätigkeit, die ihm in Dänemark und Norwegen nicht gelang, in Stockholm zusammen mit zwei Brüdern gerame Zeit hindurch betrieben hat. Dort verkaufte er im Laufe des vergangenen Jahres einige Hunderte von Telegrammen an fremde Gesellschaften und erhielt für die Telegramme bis 100 Kronen und verdiente monatlich zwischen 10 000 Kronen, dafür verkaufte er der französischen und englischen Gesellschaft in Stockholm Einblick in die Chiffretelegramme der Mittelmächte. Gilding unterteilt mit französischem und englischem Geld eine weitverbreitete Spionageorganisation.

Norwegen und der Krieg.

Allgemeines Ausfuhrverbot.

WTB. Christiania, 13. Mai. (Nicht amtlich.) Norsk. Tel. Ber. Der Staatsrat hat beschlossen, daß es vom 10. Mai ab verboten ist, Waren und Gegenstände irgend welcher Art ohne Erlaubnis des betreffenden Departements aus Norwegen auszuführen. Ausfuhrerlaubnisse, die nicht durch Warenanfuhrer protokolliert am 9. 5. erdelt sind, können nicht ohne besondere Zustimmung des betr. Departements benutzt werden. Diese Bestimmung gilt jedoch nicht für Rische und Fischezerzeugnisse, da alle Ausfuhrerlaubnisse für diese Waren bis auf weiteres benutzt werden können.

Finnland und Norwegen.

= Stockholm, 14. Mai. Nach einer hiesigen Meldung des „Berl. Tagebl.“ hat der Einmarsch hiesiger Truppen in russisch-Lappland an der norwegischen Finnmarkengrenze und die Besetzung des lappidischen Gebietes Vorzeichen in Norwegen Aufregung hervorgerufen. Der norwegische Kriegsminister erklärte im Storting, eine norwegische Militärabteilung werde nach der Grenzstation Kirkenes abgehen.

Amerika und der Krieg.

Die Stimmung bei den amerikanischen Truppen.

WTB. Berlin, 13. Mai. (Nicht amtlich.) Ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Stimmung der amerikanischen Truppen, wirft die Aussage eines amerikanischen Offiziers, der bei einem Patrouillenvorstoß gegen unsere Linien mit zwei anderen amerikanischen Soldaten gefangen wurde. Seine Aeußerungen, die die absolute Kriegsmüdigkeit in den Kreisen seiner Kameraden bestkräftig, gipfelten in dem Satz: „Ich bin überzeugt, daß im ganzen Regiment niemand ist, der den Krieg fortsetzen möchte.“

Zur Deutschenhege in Amerika.

WTB. Amsterdam, 13. Mai. (Nicht amtlich.) Nach einem Telegramm des „Allgemeinen Handelsblad“ aus Newyork vom 11. Mai ist es in dem Staate Illinois zu Ausschreitungen gegen die Deutschen gekommen, wobei ein Deutscher in Collinsville ermordet wurde. Die Regierung hat im Zusammenhang damit 12 Personen verhaften lassen und gegen vier Polizeiamtente eine Anklage wegen Pflichtverletzung erhoben.

Neueste Nachrichten.

= Berlin, 14. Mai. Eine Depesche des „Berl. Lokalan.“ besagt: Die Begleichung des ergebnislosen südfrauzösischen Ubergeländes dauert nach übereinstimmenden Meldungen aus Bordeaux und anderen Departements infolge der anhaltenden Regengüsse fort. Der Schaden ist außerordentlich groß.

WTB. Wien, 13. Mai. (Nicht amtlich.) Der General der Infanterie Freiherr von Stöger-Steiner, der österreichisch-ungarische Kriegsminister, ist zum Generalobersten ernannt worden.

Zur Kaiserbegehung im Großen Hauptquartier.

= Berlin, 14. Mai. „Wenn etwas geeignet war“, sagt der rechtsstehende „Berl. Lokalan.“, die Spekulation unserer Reiter auf eine Loderung des Bündnisgebantens zu zerstreuen, so war es die Monarchenbegehung am 12. Mai, die zugleich eine würdige Antwort auf die Mahnungen des Clemenceaus und seiner Gefährten oder frei erfundene Kaiserbriefe ist. Die Zusammenkunft beider Kaiser, denen sich als Haupt des zweitgrößten deutschen Bundesstaates auch König Ludwig von Bayern zugesellt hat, ist ein weltgeschichtliches Ereignis ersten Ranges, das angesichts der mititärlichen Spannung im Westen, die wir heute durchleben, besonders dazu ergötzen ist, uns mit Hoffnungsreue und Zuversicht dem weiteren Erfolg des deutschen Schwertes entgegen zu sehen.“

In der konservativen „Kreuzzeitung“ heißt es: „Die Ergebnisse der letzten Zeit haben den zwingenden Beweis erbracht, daß ein Bündnis nur dann Wert hat, wenn die Kontrahenten auch die nötige militärische Kraft verfügen. Diese Erfahrung dürfte auch die Zukunft eine Rolle spielen. In wie weit ein wirtschaftlicher Zusammenbruch möglich ist, darüber wird bisher die Ansichten einander gegang. Jedenfalls aber wird auf der Grundlage eines festen militärisch-politischen Bündnisses ein solcher eher möglich sein.“

Die agrar-konservative „Deutsche Tageszeitung“ meint: Der durch die bisherigen Friedensschlüsse geschaffene Instanz werde um so dauerhafter und klarer sein, je größer das Machtübergewicht des Vierbundes und die Einheitlichkeit seines Willens seien. Das geht auch für die Zukunft und geht insbesondere für den Westen und das westliche Kriegsziel Deutschlands. Daß dort durch den Sieg des deutschen Reiches die nötige Sicherung erreicht werde, sei auch eine Lebensbedingung für Oesterreich-Ungarn.“

Der sozialdemokratische „Vorwärts“ schreibt: „Von der Sozialdemokratie kann gesagt werden, daß sie für keinen Bund mit allen Völkern zu haben ist, der dritte vom Anschluß, als gleichbedeutende Teilnehmer ausschließt.“ Das Blatt hofft und erwartet, daß die Konferenz im Hauptquartier nicht zu vorläufigen Abmachungen führt, die auch kaum möglich seien, da wirtschaftliche und militärische Konventionen nicht ohne Zustimmung der Parlamente geschlossen werden könnten.

